

Orthodoxie und NATO

Anmerkungen zu einem schwierigen Verhältnis

Auf den ersten Blick sieht es so aus, als dürfe es zwischen der NATO und der Orthodoxie eigentlich gar kein Verhältnis geben: Ein großes Militärbündnis, das ja zunächst als weltanschaulich neutraler Verband eigentlich keine besonderen Vorlieben gegenüber den in seinen Mitgliedsstaaten vorherrschenden religiösen Überzeugungen zu haben hat, so lange diese nicht elementaren Prinzipien der NATO entgegenstehen, und eine Konfession, die sich selber gar nicht als solche, sondern als die Kirche schlechthin versteht, haben ja wohl nicht so viel gemeinsam. Dazu kommt, dass die NATO Mitgliedsstaaten mit katholischer, mit evangelischer, mit orthodoxer (Griechenland) und auch mit islamischer Mehrheit hat. Bedenkt man allerdings, dass die Mehrheit der orthodox geprägten Staaten früher zum östlichen Militärbündnis gehörte und dass viele dieser Staaten der NATO heute kritisch gegenüberstehen, so wird deutlich, wo die Berührungspunkte zwischen beiden liegen können.

Unter Berücksichtigung dieser Umstände scheint hinsichtlich des Verhältnisses zwischen NATO und Orthodoxie eine Reihe von Elementen von Bedeutung zu sein, wie etwa der Krieg des Bündnisses gegen Jugoslawien von 1999 und seine Bewertung, die deutlichen Reserven in Russland und anderen orthodox geprägten Staaten gegenüber dem westlichen Bündnis, insbesondere hinsichtlich der Frage nach dessen Osterweiterung, oder die Tatsache, dass die NATO ein orthodox geprägtes Mitglied hat, nämlich Griechenland. Damit scheinen auch schon die wichtigsten Punkte angesprochen zu sein, die das Verhältnis zwischen der NATO und der orthodoxen Welt charakterisieren. Doch ist zu beachten, dass eine solche Beziehung eigentlich nicht zweiseitig sein kann: Die Orthodoxie als solche, orthodoxe Kirchen oder orthodox geprägte Staaten können sich der NATO gegenüber verhalten; doch kann und darf das Bündnis keine besonderen Vorlieben oder Abneigungen gegenüber einzelnen christlichen Konfessionen hegen.

Religionsgemeinschaften können Standpunkte hinsichtlich der NATO und ihres konkreten Handelns entwickeln, die sich unter Umständen auch auf die Politik der Regierungen "ihrer" Länder auswirken kann und die uns dann in diesem Zusammenhang zu interessieren haben. Das ist auch dann wichtig, wenn solche Einstellungen zwar vielleicht nicht direkt auf die konkrete Politik eines Staates Einfluss nehmen, aber doch eine Atmosphäre entscheidend prägen können, in der Entscheidungen getroffen werden. Wenn es also in bestimmten religiösen Kontexten Abneigungen gegen die NATO gibt, so sollte das dem Bündnis – trotz dessen grundsätzlicher weltanschaulicher Neutralität – nicht gleichgültig sein.

Zu klären ist in diesem Zusammenhang zunächst die Frage, was eigentlich unter "der Orthodoxie" zu verstehen ist, und inwieweit wir zwischen einer Haltung der Orthodoxie und einer von Staaten mit orthodoxer Bevölkerungsmehrheit unterscheiden können und müssen. In den weiteren Abschnitten soll die Haltung der Orthodoxie zum Westen

in historischer Dimension sowie hinsichtlich ihrer heutigen Einstellung aufgezeigt werden. Dabei wird sich zeigen, dass die Bedeutung der historischen Erfahrung eine zentrale Rolle spielt, so dass ihr ein eigener Abschnitt gewidmet sein soll. Schließlich ist noch zu überlegen, ob es denn Handlungsstrategien des Bündnisses gibt, um die Schwierigkeiten und Vorbehalte zu beseitigen oder wenigstens zu verringern, die es orthodoxerseits gegenüber der NATO gibt.

1. Die Orthodoxie als Gemeinschaft von Kirchen

Zunächst ist also zu klären, was eigentlich mit "der Orthodoxie" gemeint ist¹. Die orthodoxe Kirche ist ein Zusammenschluss von 16 einzelnen Kirchen, die jeweils völlig selbstständig und unabhängig sind, sich aber in ihrer Gemeinschaft als die Orthodoxie (oder: als Gesamtorthodoxie) verstehen. Es gibt kein gemeinsames oberstes Organ der Orthodoxie, abgesehen von Treffen der Leiter der einzelnen Kirchen, und auch der Ökumenische Patriarch (Patriarch von Konstantinopel) hat keineswegs eine primatiale Stellung innerhalb der Orthodoxie inne, die man etwa mit den Vollmachten des Papstes in der katholischen Kirche vergleichen könnte. Seine Position wird gemeinhin als "Ehrenprimat" beschrieben, was sich etwa darin ausdrückt, dass er bzw. seine Vertreter bei Zusammenkünften aller orthodoxer Kirchen den Vorsitz führen. Das gibt ihm allerdings keineswegs das Recht, für alle Orthodoxen zu sprechen. Die Tatsache, dass der ökumenische Patriarch heute in Istanbul in einer bedrängten Situation lebt und dass er sich fast nur auf die Gläubigen in der Diaspora, vor allem in Nordamerika und Westeuropa, berufen kann, tut ein Übriges zur faktischen Einschränkung seiner Bedeutung. Damit wird deutlich, dass es in einem formell-politischen Sinne "die" Orthodoxie nicht gibt. In vielen Fragen herrscht zwischen den einzelnen Kirchen Übereinstimmung, doch lässt sich das nicht als offizielle Haltung der Orthodoxie betrachten, solange über eine solche Frage nicht ein formeller Beschluss herbeigeführt wird, was nur äußerst selten geschieht. In der Regel haben wir es also bei orthodoxen Stellungnahmen zu politischen Themen immer mit den Stimmen der betreffenden orthodoxen Einzelkirchen zu tun.

Die Orthodoxie ist also die Gemeinschaft von Ortskirchen, von denen jede einzelne vollkommen selbstständig ist. Sie haben die gleiche Lehre, ihr Gottesdienst unterscheidet sich lediglich in der Sprache, und in ihren inneren Angelegenheiten verwalten sich die orthodoxen Kirchen jeweils selber. Die älteren dieser Kirchen sind die antiken Patriarchate (Konstantinopel, Alexandrien, Antiochien und Jerusalem) und fallen insofern nicht mit heutigen politischen Grenzen zusammen, sondern umfassen die orthodoxen Gläubigen in ihren Gebieten. Die neueren Kirchen (Russland, Serbien, Rumänien usw.) sind – aus historischen Gründen – zumeist mit dem Gebiet eines Staates identisch, oder sie umfassen Gläubige, die der gleichen Nation angehören, auch wenn sie in anderen Staaten leben.

1 Vgl. hierzu: Grigorios Larentzakis: Die Orthodoxie, Graz/Wien/Köln 2000; Zugänge zur Orthodoxie, hg. v. Reinhard Thöle, Göttingen 1998; Thomas Bremer: Die orthodoxen und altorientalischen Kirchen, in: Kleine Konfessionskunde, Paderborn 1999; Sergij Bulgakov: Die Orthodoxie, Trier 1996.

Somit zeigt sich, dass häufig eine enge Beziehung zwischen orthodox geprägten Staaten und der in diesen Staaten lebenden orthodoxen Kirche besteht². Das hängt auch damit zusammen, dass in vielen dieser Staaten die orthodoxe Kirche eine zentrale Rolle bei der nationalen Befreiung (in der Regel von den Osmanen) und bei der Bewahrung der nationalen Identität in Zeiten von Verfolgung (Osmanen, Kommunisten) gespielt hat. Dinge, die den Staat bzw. die Nation betreffen, werden von der Kirche oft auch als ihre eigene Angelegenheit empfunden, und die Kirche verspürt eine gewisse Verantwortung für einen solchen Staat, der vor allem von ihren Gläubigen gebildet wird. Selten lässt sich in diesen Staaten eine kritische Distanz der Kirche zu nationalen Themen beobachten; in der Regel herrscht hier eine Beziehung der Art vor, wie sie schon in der Antike mit dem Begriff der "symphonia", des Gleichklangs zwischen Kirche und Staat, umschrieben wurde. Man hat auch von der "politischen Orthodoxie" gesprochen³. Insofern gibt es also eine politische Dimension der Orthodoxie; auch wenn die Orthodoxie als solche heute politisch nicht aktiv wird, so ist sie doch für eine ganze Reihe von europäischen Staaten prägend und nimmt insofern indirekt Einfluss auf das politische Klima. Dieser Einfluss ist offensichtlich stärker als etwa der, den man heute seitens der katholischen oder der evangelischen Kirche in verschiedenen westlichen Staaten registrieren kann.

Trotz der Eigenständigkeit der orthodoxen Kirchen herrscht zwischen ihnen jedoch eine große Verbundenheit und Solidarität, ungeachtet von zeitweiligen Konflikten oder Meinungsunterschieden, die es natürlich auch gibt. Das bezieht sich nicht nur auf innerkirchliche und theologische Fragen, sondern darüber hinaus auch auf die Einschätzung politischer Situationen, die weitgehend ähnlich ist. Sie beruht auch auf der gemeinsamen geschichtlichen Erfahrung, die vor allem eine Erfahrung von Unterdrückung und Verfolgung ist. Insofern ist es also nicht verwunderlich, dass sich bei konkreten Konflikten wie etwa beim Krieg der NATO gegen Jugoslawien unter den orthodoxen Kirchen eine einheitliche Meinung über das Vorgehen des westlichen Bündnisses bildete⁴. Insofern ist es also doch berechtigt, von "der Orthodoxie" zu sprechen. In aktuellen und politischen Fragen gibt es sie zwar nicht formell, aber doch faktisch. Doch ist es zu einer solchen Solidarisierung zwischen den einzelnen orthodoxen Kirchen nicht erst im Zusammenhang mit den Ereignissen um das Kosovo gekommen. Vielmehr herrscht unter den orthodoxen Kirchen eine bestimmte Sicht des Westens vor, die sich auch auf die NATO bezieht und die im Folgenden dargestellt werden soll.

2 Vgl. hierzu: Thomas Bremer: Erben einer langen Tradition. Die Bedeutung von Staat und Nation für die Orthodoxie, in: Herder Korrespondenz 54 (2000) 469-473.

3 So der Byzantinist Hans-Georg Beck in: Das byzantinische Jahrtausend, München 1978.

4 Die Äußerungen orthodoxer Kirchen finden sich in: Orthodoxie Aktuell III/4, 1999, sowie in: epd-Dokumentation 19/99 (10. Mai 1999) 31-40.

2. Die Sicht Europas und des Westens in der Orthodoxie – ein historischer Rückblick

Die kritische Betrachtungsweise des Westens seitens der Orthodoxie lässt sich historisch sehr weit zurückverfolgen, ohne dass damit gesagt wäre, dass diese Vorbehalte sich notwendig so entwickeln hätten müssen. Für die meisten Menschen im Westen gilt das Jahr 800 mit der Kaiserkrönung Karls des Großen durch den Papst als das Datum der Begründung des Kaiserreichs, des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Doch für die Bewohner und die Politiker von Byzanz handelte es sich hierbei um den Versuch des Westen, der Franken, den Titel des christlichen Kaisers für sich zu beanspruchen, der doch ohne jeden Zweifel dem Kaiser von Konstantinopel zustand. Nachdem Kaiser Konstantin im 4. Jahrhundert die Hauptstadt des Römischen Reiches in die nach ihm benannte Stadt verlegt hatte, befand sich das römische Kaisertum eben dort – daher nannten sich die Kaiser auch bis ins 15. Jahrhundert Kaiser der "Rhomäer", also Römer, obgleich sie ebenso wie ihre Untertanen seit langem ethnisch Griechen waren. Dahinter steckte jedoch das Bewusstsein, das einzig mögliche christliche Kaisertum zu repräsentieren. Wenn nun also ein fränkischer Barbar den Anspruch erhob, christlicher Kaiser zu sein, Oberhaupt des "Heiligen Römischen Reiches", dann konnte das in den Augen der Byzantiner nur als ein usurpatorischer Akt betrachtet werden, mit dem der Westen lediglich versuchte, seine momentane militärische Überlegenheit in machtpolitische Realitäten umzusetzen.

Die Anfänge eines Gegensatzes zwischen der lateinischen Welt der Westkirche und der griechischen der Ostkirche fallen also in die Spätantike. Auch wenn es früher schon Missverständnisse zwischen der Kirche von Rom und der von Konstantinopel gegeben hatte, so hatte man diese immer wieder auszuräumen gewusst. Jetzt aber hatte sich der kirchliche Unterschied auf eine politische Ebene verlagert: Im Westen war ein Staatsgebilde aufgestiegen und mächtig geworden, das dem Byzantinischen Reich ebenbürtig war und das vor allem von den Päpsten unterstützt wurde. Dieser machtpolitische Gegensatz sollte bis zur Eroberung Konstantinopels durch die Osmanen 1453 bestehen bleiben. Während das Schisma zwischen den Kirchen von 1054 politisch zunächst nicht so große Bedeutung hatte, war das anders bei den Ereignissen des 4. Kreuzzuges: Als die westlichen Kreuzfahrer 1204 Konstantinopel eroberten und dort ein lateinisches Reich errichteten, anstatt die Heiligen Stätten von den Muslimen zu befreien, wurde das von Kaiser, Kirchenleitung und Hof, die nach Nikaia ins Exil gehen mussten, als der endgültige und nicht mehr überwindbare Bruch zwischen West und Ost empfunden. Und als sich der byzantinische Kaiser 1439 in größter Bedrängung vor den Osmanen auf eine Kirchenunion mit Rom einließ, um dafür militärische Hilfe der westlichen Fürsten zu erhalten, wurde ihm diese Zusage (trotz Abschlusses der kirchlichen Union) nicht erfüllt, so dass wenige Jahre später die Hauptstadt erobert wurde und das Byzantinische Reich zu bestehen aufhörte. Schon zu diesem Zeitpunkt

gab es in Konstantinopel Menschen, die lieber die Ungläubigen über die Stadt herrschen sahen als eine Einigung mit dem "verräterischen" Westen einzugehen⁵.

Der Unterschied zwischen Ost und West manifestierte und festigte sich jedoch nicht nur in Bezug auf die politischen Beziehungen und Verhältnisse. Auch in geistesgeschichtlicher Hinsicht kam es zu einer immer größeren Entfremdung⁶. Die unterschiedliche sprachliche Prägung spielte hierbei eine wichtige Rolle: In Konstantinopel sprach man Griechisch (und verstand bald kein Latein mehr), in Rom war es umgekehrt, auch wenn hier Grundkenntnisse des Griechischen länger erhalten blieben. Die Sprachkenntnisse entschieden aber auch über die Frage, welche Autoren gelesen und rezipiert wurden. Schließlich entwickelte sich im Westen im Hochmittelalter die Scholastik als ein von aristotelischer Philosophie geprägtes theologisches Denksystem, während sich fast gleichzeitig im Osten das System des Hesychasmus ausbildete, ein von Erzbischof Gregorios Palamas stark beeinflusstes, auf mystische Erfahrung zurückzuführendes System der Gotteserkenntnis, das eher neuplatonischem Denken verhaftet bleibt. Durch die Kirchentrennung und durch den damit zusammenhängenden fast vollständigen Abbruch der Kontakte wurden beide Denksysteme auch nicht vermittelt, so dass sie in der jeweils anderen Kirche kaum bekannt waren und jedenfalls nicht in größerem Maße zur Kenntnis genommen wurden.

Dieser grundsätzliche Unterschied besteht auf der Ebene der Theologie faktisch bis heute weiter. Zwar ist die orthodoxe Theologie im 18. und 19. Jahrhundert stark unter westlichen Einfluss geraten, doch setzt sich seit der Mitte des 20. Jahrhunderts der hesychastische (oder auch: palamitische) Einfluss immer mehr durch. Die letzten beiden Jahrhunderte werden von den meisten orthodoxen Theologen heute als die Epoche der "Schultheologie" verstanden, die die orthodoxe Theologie von ihren wahren Grundlagen entfremdet hätte.

Was hier über Theologie und theologisches Denken gesagt werden konnte, gilt mutatis mutandis auch für sämtliche Beziehungen der orthodoxen Welt zum Westen. Das einzige orthodox geprägte Land, das nicht über Jahrhunderte unter osmanischem Einfluss oder Kontrolle stand, war das Russische Reich. Daher hatte Russland auch die Funktion einer Schutzmacht für die orthodoxen Untertanen des Sultans. Doch auch in Russland war man dem Westen gegenüber höchst vorsichtig. Als in der Mitte des 15. Jahrhunderts ein griechischer Metropolit die Kircheneinheit mit Rom in Moskau verkündigen wollte, ließ ihn der Großfürst einsperren. Seine westlich orientierten Reformen konnte Zar Peter der Große nur unter großem Widerstand von weiten Kreisen des Adels durchführen. Im 19. Jahrhundert war die philosophische Richtung der Slawophilen eine der vorherrschenden Strömungen, welche die Überzeugung vertrat, dass Russland nur durch Rückbesinnung auf seine alten slawischen Werte und durch Ablehnung

5 "Lieber sehe ich den Turban in der Stadt [Konstantinopel] als die [päpstliche] Mitra", soll ein hoher byzantinischer Würdenträger kurz vor der osmanischen Eroberung der Stadt gesagt haben.

6 Vgl. hierzu: Gerhard Podskalsky SJ: Okzident und Orient, in: Stimmen der Zeit 218 (2000) 337-347.

der westlichen Einflüsse gerettet werden könne. Ähnliche Phänomene lassen sich in Russland auch heute wieder beobachten⁷.

Die kleineren orthodoxen Kirchen Südosteuropas und des Nahen Ostens erlangten im Verlauf des 19. Jahrhunderts relative Freiheit und Unabhängigkeit, als sich "ihre" Staaten vom Osmanischen Reich mehr und mehr emanzipierten. Dieser Prozess war mit dem 1. Weltkrieg abgeschlossen, praktisch zeitgleich mit der Russischen Revolution, die mit ihren Folgen die orthodoxe Kirche in Russland fast völlig vernichtete. So hat die russische Kirche ihre Freiheit in dem Augenblick verloren, als die kleineren Kirchen sie wiedererlangt haben. Erst seit gut zehn Jahren leben also alle orthodoxen Kirchen unter den Bedingungen von Freiheit, befinden sich aber seither in der Situation von zunehmenden zwischennationalen Spannungen, wie sie in vielen osteuropäischen Staaten anzutreffen sind.

Es lässt sich also feststellen, dass sich durch die Geschichte des christlichen Ostens wie ein roter Faden eine distanzierte, oft negative Haltung gegen den christlichen Westen zieht, die vor allem durch Abneigung gegen päpstliche Primatsansprüche, durch Ablehnung der westlichen Werte und durch die subjektive Erfahrung des Verratenwerdens durch den Westen gekennzeichnet ist. In einer Situation, in der nationales Bewusstsein so eng mit dem kirchlichen zusammenhängt, ist es nicht verwunderlich, dass sich die Abneigung gegen die westliche Kirche und das westliche theologische Denken auch auf den staatlich-politischen Bereich überträgt. Die festzustellende Distanz und Reserve der orthodoxen Kirchen und der durch sie geprägten Staaten ist also auf diesem historischen Hintergrund zu sehen. Es sei nochmals betont, dass hier kein Automatismus vorliegen muss, dass also auch orthodox geprägte Staaten denkbar wären, die dem Westen gegenüber eine andere Haltung einnehmen. Hier ließe sich – mit gewissen Einschränkungen – Rumänien als ein Beispiel nennen, wo die orthodoxe Kirche trotz Festhaltens an traditionellen Grundsätzen der Orthodoxie dem Westen gegenüber aufgeschlossener ist. Somit ist es auch kein Zufall, dass der erste Papstbesuch in einem orthodoxen Land in Rumänien stattgefunden hat.

Als nächstes wäre zu fragen, worin denn in der heutigen Zeit sachlich die Ablehnung des Westens beruht. Schließlich, so könnte man argumentieren, lassen sich mit den historischen Erfahrungen, seien sie auch Jahrhunderte alt, keine heutigen politischen Haltungen und Positionen begründen. Daher sollen zunächst die Inhalte der Ablehnung deutlich gemacht werden. Doch darf dabei nicht vergessen werden, dass die historische Dimension vielfach eine erheblich größere Rolle spielt, als das in westlichen Gesellschaften der Fall ist. Darauf soll anschließend in einem eigenen Abschnitt noch eingegangen werden.

7 Jutta Scherrer: Russland auf der Suche nach einer postsowjetischen und postkommunistischen Identität, in: Ost-West. Europäische Perspektiven I (2000) 183-191.

3. Die Orthodoxie und die Wahrnehmung des Westens

Wir stehen heute auch in den osteuropäischen Staaten in einer Situation, in der zwar das kirchliche Denken nicht (mehr) direkten Einfluss auf staatliche Entscheidungen hat. Dennoch darf nicht unterschätzt werden, welche Bedeutung religiöse Prägungen auch für politische Entscheidungen haben können. Dazu kommt, dass die Religionsgemeinschaften in den osteuropäischen (und das heißt: auch in den orthodox geprägten) Staaten heute großes gesellschaftliches Ansehen genießen, nachdem sie jahrzehntelang im besten Falle völlig marginalisiert, gewöhnlich aber in ihren Aktivitäten stark eingeschränkt und sogar blutig verfolgt wurden. Umfragen der letzten Jahre zeigen, dass die Kirchen zumeist als Institutionen gesehen werden, zu denen man Vertrauen hat.⁸ Auch solche Entscheidungsträger, die selbst nicht religiös sind, werden daher die in den Kirchen vorherrschende Meinung nicht ignorieren können. In der Regel ist die Zahl derjenigen Menschen, die sich als "orthodox" erklären, erheblich höher als die Zahl derjenigen, die von sich sagen, sie glauben an Gott. Das zeigt, dass die religiöse Zugehörigkeit sehr viel mit historischem Bewusstsein und traditioneller nationaler Zugehörigkeit zu tun hat.

Wenn man die Wahrnehmung der NATO durch die Orthodoxie bedenkt, muss berücksichtigt werden, dass in Osteuropa, vor allem in Russland, die NATO vor allem als eine Organisation gesehen wird, die sich in den Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg faktisch nicht vom Warschauer Pakt unterschieden habe: In der Zeit der Blockkonfrontation standen sich zwei unterschiedliche Systeme gegenüber, von denen eines – eben der Westen – gesiegt habe. Das von der NATO vertretene Wertesystem von individueller Freiheit, Demokratie, Menschenrechten usw. wird in der Regel nicht mit dem westlichen Bündnis in Verbindung gebracht. Viele Menschen in den osteuropäischen Staaten schätzen zwar außerordentlich, dass sie heute selber dieser Werte genießen können und bringen sie auch mit dem westlichen politischen System in Zusammenhang. Doch die NATO wird eher als ein militärisches Bündnis gesehen, das nicht dazu geeignet ist, solche Werte zu gewährleisten.

Es ist verständlich, dass eine solche Wahrnehmung ein Raster darstellt, durch das auch die aktuellen Aktionen der NATO interpretiert werden. Das lässt sich deutlich an den Reaktionen auf die Angriffe der NATO gegen Jugoslawien sehen. Das Hauptargument dagegen lautete, dass die NATO zwar bestimmte Werte nach außen hin propagiere, sie selber aber keinesfalls befolge, sondern sich in ihrem Handeln von machtpolitischen Überlegungen leiten lasse und somit ein Instrument der westlichen Staaten, insbesondere der USA sei, um die "neue Weltordnung" durchzusetzen, die gegen die kleineren

8 Zur religiösen Situation in den osteuropäischen Staaten siehe: Miklós Toma/Paul M. Zulehner: Religion in den Reformländern Ost(Mittel)Europas, Ostfildern 1999; dies.: Religion im gesellschaftlichen Kontext Ost(Mittel)Europas, Ostfildern 2000 (beide Publikationen behandeln allerdings von den orthodoxen Staaten nur die Ukraine); Religiöser Wandel in den postkommunistischen Ländern Ost- und Mitteleuropas, hg. v. Detlef Polack, Irena Borowik, Wolfgang Jagodzinski, Würzburg 1998 (mit Beiträgen u.a. zu Rumänien, Bulgarien, Ukraine und Russland).

und ärmeren Staaten gerichtet sei⁹. Aufgrund der innerkirchlichen Voraussetzungen kann eigentlich keine objektive Sicht der NATO erfolgen, da jeder Schritt des Bündnisses eben durch das gerade beschriebene Raster wahrgenommen wird.

Es ergibt sich also eine bipolare Weltsicht, in der die NATO (stellvertretend für "den Westen") den orthodoxen Ländern gegenüber steht. Es ist interessant, dass die These von einem künftigen "Krieg der Kulturen", der nach Samuel Huntington die internationalen Beziehungen der Zukunft prägen soll, in den orthodoxen Ländern gerne aufgegriffen wurde, entspricht sie doch einer solchen Wahrnehmung der weltpolitischen Situation. Die Orthodoxie sieht sich häufig tatsächlich in einem eigenen "Block", als eigene Zivilisation, die sich von der des Westens nicht nur unterscheidet, sondern ihr so diametral entgegensteht, dass es – wegen der angeblichen aggressiven Absichten des Westens – zum "clash" kommen muss. Überlegungen zur der Rolle des Islam in einem solchen System können hier nicht ausführlich angestellt werden. Doch sei darauf verwiesen, dass auch die Kriege in Bosnien-Herzegowina und in Tschetschenien so interpretiert werden, ebenso etwa das Zypern-Problem. Hinsichtlich Bosniens haben viele Orthodoxe nicht verstanden, warum der Westen denn die Muslime unterstütze, die doch ein großes Gefahrenpotential für Europa darstellten und mit denen die Orthodoxen ja ihre historischen Erfahrungen haben. Das Gleiche gilt auch für die Kosovo-Albaner, die in ihrer Mehrheit ebenfalls islamischen Glaubens sind. Die Russische Orthodoxe Kirche hat in ihren Erklärungen mehrfach den (zweiten) Tschetschenien-Krieg als antiterroristische Maßnahme verteidigt¹⁰. Dabei wurde zuweilen ebenso wie von der russischen Politik Unverständnis dafür geäußert, dass der Westen die Bekämpfung von Terroristen kritisiere, was doch ihm selbst auch zu Gute kommen werde. Gegenüber orthodox geprägten Staaten, so lautet der implizite Vorwurf immer, werde mit anderem Maß gemessen.

Es sei hier nur am Rande bemerkt, dass sich daraus auch eine Aufgabe für die NATO ergibt; wenn die Wahrnehmung in den orthodox geprägten Ländern so negativ und einseitig ist, so wäre es eine wichtige Aufgabe, dagegen ein objektiveres Bild zu setzen. Das gilt auch ungeachtet der Tatsache, dass die jetzige Wahrnehmung nicht auf realen Gegebenheiten beruht. Dabei ist zu beachten, dass hierzu offensichtlich nicht nur diskursive Überzeugungsarbeit notwendig ist.

Aus dieser Konstellation ergibt sich die Frage nach dem Verhältnis der Orthodoxie zu Europa. Während die westlichen Konfessionen häufig betonen, dass die Orthodoxie und die von ihr geprägten Staaten zu Europa gehören, dass Europa also nicht mit der karolingischen "latinitas" identisch ist, wird von orthodoxer Seite häufig ein Gegensatz zwischen Europa und der Orthodoxie konstruiert. "Europa" wird als ein Begriff verstanden, zu dem der eigene Staat nicht gehört. Das gilt insbesondere für die Orthodoxie

9 In einem Aufruf eines griechisch-orthodoxen Bischofs aus den USA prangert dieser das "Fehlen moralischer Integrität" und den "moralischen Verfall" der amerikanischen Führung an, das Moskauer Patriarchat spricht von "Heuchelei", und der orthodoxe Erzbischof von Athen sagt, dass "Ideale und Prinzipien wie Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenrechte" (durch den Einsatz der NATO) mit Füßen getreten werden (alle Zitate und noch weitere Belege in: Orthodoxie Aktuell III/4).

10 So etwa der Patriarch in einer Erklärung vom 12. November 1999, in: Orthodoxie Aktuell III/11, 23-24.

auf dem Balkan und in Osteuropa, weniger für Griechenland, wo immer wieder betont wird, dass die Wurzeln von Demokratie und Aufklärung ja im antiken Hellas liegen. Diejenigen Staaten jedoch, die kein solches Erbe haben und die große Teile der jüngeren Geschichte in Unfreiheit verbringen mussten, sehen im Europa von Reformation und Aufklärung etwas, das ihnen nicht nur fremd, sondern auch feindlich ist. Auch hier wird die Beziehung im Lichte der historischen Erfahrungen interpretiert, die den Westen als eine zwar in mancher Hinsicht mächtige, aber unzuverlässige Größe wahrnehmen; im Zweifelsfall wird man sich auf den Westen nicht verlassen können.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die westlichen Kirchen ihrerseits immer wieder die Zugehörigkeit der orthodox geprägten Hemisphäre zu Europa ausdrücklich betonen. Berühmt geworden ist das Wort des Papstes, die Kirche müsse mit zwei Lungenflügeln atmen, dem westlichen und dem östlichen. Die Kommission der Katholischen Bischofskonferenzen innerhalb der EU (ComeCE) hat vor allem durch ihren Vorsitzenden, den deutschen Bischof Homeyer, immer wieder die Wichtigkeit der Beziehungen zu den orthodoxen Kirchen betont und das auch durch konkrete Handlungen unterstrichen; so hat Bischof Homeyer während der NATO-Angriffe Belgrad besucht, und im Sommer 2000 war eine größere Gruppe von katholischen Bischöfen aus der EU beim serbischen Patriarchat zu Gast. Auch Vertreter der Kirchen aus der reformatorischen Tradition betonen immer wieder, dass Europa ohne das orthodoxe Element nicht komplett sei.

Es sieht also so aus, als sei die distanzierte Haltung gegenüber Europa vor allem ein Phänomen der orthodoxen Kirchen selber, da von den westeuropäischen Kirchen diese Sichtweise nicht geteilt wird. Allerdings ist hier auch die Erfahrung vieler osteuropäischer Gesellschaften zu beachten, dass sie nicht zu "Europa" gehören. Die Tatsache, dass bei der ersten Runde der EU-Erweiterung keine orthodoxen Staaten berücksichtigt werden, trägt zu einer solchen Erfahrung ebenso bei wie etwa das strenge Visa-Regime der westlichen Staaten (bei dem den "katholischen" Staaten gegenüber auch weniger rigorose Regeln angewendet werden!) oder eben die Interpretation des Kosovo-Konflikts im Jahre 1999 als Krieg gegen die orthodoxen Serben, die ihrerseits von den muslimischen Albanern in der Provinz, die historisch so wichtig für Serbien ist, jahrelang unterdrückt worden seien.

4. Die Bedeutung der historischen Erfahrung

Dieses letzte Beispiel und überhaupt die bisherigen Überlegungen zeigen, dass Geschichte und geschichtliche Erfahrung offensichtlich eine bedeutende Funktion als Interpretament heutiger Ereignisse haben. Nun ist die Pflege historischer Erinnerung ein dem Christentum immanenter Zug, das ja durch die Erinnerung an historische Geschehnisse diese auch in ihrer Wirkung für die Gegenwart lebendig setzt (die Gläubigen feiern das Gedächtnis des Abendmahles Jesu und erhalten dadurch Anteil am befreienden und erlösenden Charakter des Abendmahles). In orthodoxen Gesellschaften lässt sich als Besonderheit feststellen, dass die Geschichte (und zwar nicht nur im religiösen Bereich) in die Gegenwart hineinwirkt, dass historische Ereignisse die Grund-

lage für heutige politische Entscheidungen darstellen. Die Kriege im früheren Jugoslawien sind zwar nicht notwendige Folge der Geschichte des Balkan, doch wird die Erfahrung der vergangenen Ereignisse (die Schlacht auf dem Amselfeld, die Türkenzeit, das Zwischenkriegsjugoslawien, der 2. Weltkrieg) zur Triebfeder für Handeln in der Gegenwart. Die serbische Bevölkerung in Kroatien war nach der Unabhängigkeitserklärung des Landes 1991 subjektiv größtenteils davon überzeugt, dass ihr eine physische Vernichtung ähnlich der während des 2. Weltkrieges bevorstehe. Die orthodoxe Kirche hat diese Ansicht nicht nur geteilt, sondern auch noch unterstützt. Das Jahr 1991 wurde vom obersten Gremium der Kirche, der Bischofsversammlung, zum Gedenkjahr an den Völkermord erklärt, der sich 50 Jahre vorher ereignet hatte. Es ist klar, dass ein solcher Umgang mit der historischen Erinnerung, deren Wunden ja noch nicht verheilt waren, eher dazu beitrug, neue Wunden zu schaffen. Die Bereitschaft der serbischen Führung und der jugoslawischen Armee, in Kroatien militärisch zu Gunsten der aufständischen Serben zu intervenieren und eine Selbstständigkeit Kroatiens (wenigstens in dessen aktuellen Grenzen) nicht zuzulassen, ist nicht nur durch Angst vor Machtverlust und durch Nationalismus zu erklären, sondern auch durch die Interpretation der Ereignisse im Lichte der historischen Erfahrung.

Es ließen sich aus auch anderen Staaten und von anderen Nationen zahlreiche Beispiele für ähnliche Fälle anführen. Bemerkenswert ist hierbei, dass die kollektive Erinnerung von Gruppen, die miteinander im Konflikt liegen, an ein und das selbe historische Geschehen einander oft diametral entgegengesetzt ist. Außerdem führt ein solcher Bezug des politischen Handelns auf (oft längst vergangene) historische Geschehnisse dazu, dass man häufig auf eine irrationale Weise reagiert. Ein sicher nicht unbedeutender Teil der Probleme westlicher Länder mit der Transformation in den früher kommunistischen Staaten lässt sich damit erklären, dass politische und wirtschaftliche Akteure nicht nach den Kriterien agierten, die von westlichen Politikern, Beratern und Vermittlern erwartet wurden. Rationale, westliche Gesetze des Handelns müssen nicht immer bestimmend sein, und vieles von dem, was sich insbesondere an Konflikten in den letzten zehn Jahren ereignet hat, lässt sich nur als irrational bezeichnen.

Was bedeutet ein solcher Zusammenhang zwischen der Geschichte und der Gegenwart für die Perspektive einer friedlichen und stabilen Entwicklung solcher Gebiete, die von zwischennationalen Spannungen betroffen sind? Offensichtlich ist es notwendig, dass die divergierenden historischen Erinnerungen miteinander versöhnt werden, damit es auch zu einer dauerhaften Versöhnung zwischen den Nationen kommen kann. Das betrifft zunächst die Gruppen, die ihre gemeinsame Geschichte unterschiedlich interpretieren, also etwa Serben und Kroaten, Russen und Ukrainer, Griechen und Türken. Verschiedene Beispiele aus unterschiedlichen Kontexten zeigen, wie solche Unternehmungen aussehen können. Hier seien nur der nordirische Versuch einer "Versöhnung der Erinnerungen"¹¹, die südafrikanische Wahrheits- und Versöhnungskommission¹² (als Beispiele für innergesellschaftliche Versöhnung) oder die Erfahrungen ge-

11 Vgl. hierzu den Band: *Reconciling Memories*, hg. v. Alan Falconer und J. Liechty, Dublin 1998.

12 Vgl. hierzu: *Versöhnung braucht Wahrheit. Der Bericht der südafrikanischen Wahrheitskommission*, hg. v. Joachim Braun, Gütersloh 1999.

nannt, die Deutschland nach 1945 etwa in der Beziehung zu Frankreich oder zu Polen gemacht hat. In all diesen Fällen ist es wichtig gewesen (oder ist es noch wichtig), dass die an einem Konflikt beteiligten Seiten zu einer gemeinsamen Sichtweise dessen gelangt sind, was geschehen ist; dass sie die gleiche Wahrnehmung ihrer gemeinsamen Geschichte bekamen. In Fällen, wo das nicht der Fall ist oder nicht gelungen ist, kam es zu neuen Konflikten, die auf der mangelnden Aufarbeitung der Geschichte beruhten. Die Situation in Deutschland zwischen den beiden Weltkriegen illustriert das deutlich. Es hat sich gezeigt, dass in all diesen Fällen die Kirchen eine wichtige Rolle gespielt haben, und zwar auch in solchen Fällen, wo die Konflikte nicht einen konfessionellen Hintergrund hatten (vgl. etwa die Bedeutung von Bischof Desmond Tutu für den südafrikanischen Versöhnungsprozess, aber auch die jahrelange und konsequente Verurteilung der Apartheid-Politik durch die westlichen Kirchen und ökumenischen Gremien).

Die Notwendigkeit einer solchen Versöhnung betrifft aber darüber hinaus auch die übrigen politischen Faktoren, die daran interessiert sind, dass sich die historischen Belastungen solcher Konflikte nicht negativ in der Gegenwart auswirken. Schließlich ist zu überlegen, dass ja auch die westlichen Staaten selber ein Interesse daran haben müssten, eine solche schiefe Wahrnehmung in den meisten orthodox geprägten Ländern korrigieren zu können. Im Sinne einer politischen Perspektive wäre es also durchaus wünschenswert, dass in einem gesellschaftlichen Dialogprozess das thematisiert wird, was die Wahrnehmung beeinträchtigt. Ein solcher Dialog wird keineswegs einfach sein, doch könnte er erheblich dazu beitragen, die Spannungen abzubauen, die in den orthodoxen Staaten gegenüber der NATO (und generell gegenüber dem Westen) bestehen.

Wir bewegen uns hier allerdings in einem Bereich, der sich von der politischen und militärischen Pragmatik entfernt und sich vielmehr den Gesellschaften in den betreffenden Staaten zuwenden muss. Auch wenn das nicht als originäre Aufgabe der NATO erscheint, so ist es doch lohnend darüber nachzudenken, ob und wie das Bündnis Einfluss auf Prozesse ausüben kann, die seine Akzeptanz innerhalb der Orthodoxie erhöhen. Die NATO muss sich also überlegen, ob sie nicht auch auf diesem Gebiet Aufgaben hat, die direkt in ihrem Interesse liegen. Über weitere soll anschließend reflektiert werden.

5. Aufgaben für die NATO?

Es stellt sich die Frage, ob sich aus der beschriebenen Situation auch Aufgaben für die NATO selbst ergeben. Bislang schien es, als sei sie vor allem Objekt (zumeist negativer) Empfindungen, könne aber selbst kaum Einfluss auf die Lage ausüben. Dabei muss es ohne Zweifel im Interesse der NATO liegen, zur Schaffung einer positiveren Haltung gegenüber dem Bündnis in den orthodoxen geprägten Staaten beizutragen. Es kann nicht wünschenswert sein, langfristig an Staaten zu grenzen, für deren Gesellschaften die NATO negativ besetzt ist und die das Bündnis aus den beschriebenen Gründen ablehnen. Außerdem ist zu erwarten, dass in einer längeren Perspektive ande-

re orthodoxe Staaten (neben Griechenland) der NATO beitreten werden. Viele Regierungen haben ja bereits einen Vertrag über die Mitgliedschaft in der "Partnerschaft für Frieden" abgeschlossen. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass dies häufig gegen große Widerstände in der Bevölkerung geschehen ist, also aus politischer Überzeugung der Regierungen, die nicht von der Mehrheit gedeckt wird. Wenn nun also solche Staaten in das Bündnis aufgenommen werden sollen, dann ist zu wünschen, dass der Beitritt gesellschaftliche Zustimmung findet und nicht weithin abgelehnt wird. Die Ereignisse im NATO-Mitgliedsland Griechenland im Zusammenhang mit dem Kosovo-Krieg, als es nicht nur Demonstrationen gegen das Handeln des Bündnisses, sondern auch Blockaden von militärischen Transporten und Konvois gegeben hat, zeigen, welche Probleme aus einer negativen Haltung gegenüber dem Bündnis entstehen können.

Die NATO sollte also für ein besseres Ansehen ihrer selbst in den orthodoxen Staaten sorgen, auch wenn sie für das jetzige negative nur sehr wenig kann. Die Frage ist, wie das zu erreichen ist. Hier ist wohl an zwei Adressatenkreise zu denken, wobei sich das Vorgehen hinsichtlich beider nicht unterscheiden dürfte: einerseits ist das die Russländische Föderation, die sicher nicht zu den Kandidaten für eine Erweiterung des Bündnisses zählt, die aber die nächste Runde der NATO-Erweiterung scharf kritisiert¹³; andererseits sind das die Gesellschaften derjenigen orthodox geprägten Staaten, die möglicherweise mittelfristig zur NATO gehören könnten. Grundsätzlich ist zu sagen, dass es sich hier um politische Probleme im Zusammenhang mit dem Erweiterungsprozess handelt, die hier nicht ausführlich erörtert werden können. Uns interessiert daran die kirchliche Dimension, auch wenn diese natürlich nie isoliert von der politischen Problematik behandelt werden kann.

Im Lichte des bisher Gesagten wird deutlich, dass es sich jeweils um ein gesamtgesellschaftliches Problem handelt. Die orthodoxen Kirchen als wichtige gesellschaftliche Akteure können positiven Einfluss in ihren Gesellschaften ausüben, wenn es gelingt, den Verantwortlichen die positiven Seiten des Bündnisses überzeugend darzustellen. Das ist sicherlich kein einfacher und schneller Prozess, doch ändert das nichts an seiner Wichtigkeit.

Eine solche Darstellung darf sich aber nicht auf argumentatives und diskursives Vorgehen beschränken. Die Betonung der NATO als Verteidigungsbündnis ist dann zwecklos, wenn sie von den Gesprächspartnern subjektiv als Bedrohung empfunden wird. Die Verteidigung kann sich ja dann logischerweise immer nur gegen die eigene Seite richten. Von größerer Wichtigkeit ist es daher, diejenigen Werte herauszustellen, die für das Selbstverständnis des westlichen Bündnisses wichtig sind. Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Worte an der Realität gemessen werden. Die Betonung der Aufgabe des Minderheitenschutzes als Argument für das Kosovo-Eingreifen wäre überzeugend gewesen, wenn nach dem Einmarsch der westlichen Truppen in die Provinz die Rechte der dortigen Minderheiten, vor allem der Serben, auch tatsächlich von den internationalen Soldaten geschützt worden wären. Da dies nicht der Fall war, ist es

13 Vgl. hierzu: Hans-Henning Schröder: "... it's good for America, it's good for Europe, and it's good for Russia ..." Rußland und die NATO nach der Unterzeichnung der "Grundakte", in: Osteuropa 48 (1998) 439-450.

nicht überraschend, dass die entsprechenden Aussagen der NATO als Lippenbekenntnis gewertet werden.

Ein weiteres wichtiges Element besteht darin, dass verdeutlicht wird, wie die Rechte auch innerhalb des Bündnisses verwirklicht werden. In den osteuropäischen Staaten gibt es keine Tradition von rechtsstaatlichen Verhältnissen in den Armeen, von Beachtung der Grundrechte von Soldaten oder von den modernen Aufgaben einer Militärseelsorge. Hier wäre es möglich und auch wichtig, den Verantwortlichen in den orthodoxen Kirchen nicht nur die Werte des Bündnisses praktisch zu zeigen, sondern ihnen auch Hilfestellung dazu zu geben, eine eigene Position als Kirchen gegenüber den Armeen ihrer Länder zu beziehen, die sich von der traditionellen Art der Beziehung zwischen Kirche und Armee unterscheidet.

Am Wichtigsten ist jedoch die Überwindung der konträren Betrachtungsweise, die den impliziten Spannungen zwischen der NATO und den orthodoxen Staaten zu Grunde liegt. Hier ist ein wichtiges Betätigungsfeld, das außerhalb des militärischen Gebietes im engeren Sinne liegt. Der Bereich der historischen Sichtweise hat hier besondere Bedeutung. Solange die Verantwortlichen und die meisten Angehörigen der orthodoxen Kirchen die jüngste, aber auch die weitere Vergangenheit so grundsätzlich anders sehen als die meisten Menschen in Westeuropa, wird es kaum Akzeptanz für die NATO in diesen Ländern geben. Erst dann, wenn man zu einer gemeinsamen Sichtweise gekommen sein wird, ist zu erwarten, dass in den osteuropäischen Ländern die NATO nicht als Gegnerin, sondern als Partnerin gesehen wird. Für das Bündnis muss aber von vitalem Interesse sein, dass sich die Stimmung sowohl in den potentiellen Beitrittsstaaten als auch in denjenigen osteuropäischen Ländern, die langfristig kaum Mitglied der NATO sein werden, von mehrheitlicher Ablehnung dahingehend ändert, dass die meisten Menschen dort die von der NATO vertretenen Werte und Grundsätze nicht nur akzeptieren, sondern auch für sich selbst als wichtig erachten.